



## Sicherung der Zukunftsfähigkeit der dualen Berufsausbildung

► Die Berufsausbildung im dualen System ist für die Mehrheit der Jugendlichen die Grundlage für dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit. Sie sichert der Wirtschaft modern ausgebildeten Fachkräftenachwuchs und ist damit eine wesentliche Basis für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Jugendliche qualifiziert auszubilden, ist auch angesichts der mittelfristigen demographischen Entwicklung notwendig, um den drohenden Fachkräftemangel zu verhindern. Aktuell steht die Berufsbildungspolitik dabei vor großen Herausforderungen:

- der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes sowie
- der Fortführung der strukturellen Reformen in der dualen Berufsausbildung.



### Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes

In diesem Jahr werden über 600.000 Nachfrager und Nachfragerinnen nach einer dualer Berufsausbildung erwartet. Nachdem im vergangenen Jahr trotz eines deutlichen Rückgangs der betrieblichen Ausbildungsplätze um 42.000 nahezu ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erzielt wurde, hat sich die Situation bis Mai 2003 erheblich verschlechtert. In der Vermittlungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit waren Ende Mai rund 52.500 betriebliche Ausbildungsplätze weniger gemeldet als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die rechnerische Lücke zwischen unvermittelten Bewerbern und unbesetzten gemeldeten Ausbildungsplätzen beträgt nunmehr rund 171.300 und ist damit erheblich größer als in den vergangenen Jahren. Diese negative Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt erfordert zusätzliche Maßnahmen aller Beteiligten. Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben auf dem Bildungsgipfel am 29. April 2003 das gemeinsame Ziel bekräftigt, allen Jugendlichen, die können und wollen, eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Die Verantwortung der Sozialpartner, insbesondere der Wirtschaft, in diesem Bildungsbereich ist hoch. Dieser Verantwortung muss die Wirtschaft Rechnung tragen, um die Stabilität des dualen Systems und den internationalen Spitzenplatz der beruflichen Ausbildung in Deutschland zu erhalten.

Auf dem Bildungsgipfel wurde eine Gemeinsame Erklärung zum Start einer bundesweiten Ausbildungsoffensive vereinbart. Unter dem Motto „Ausbilden jetzt – Erfolg braucht alle“ werden – neben fortlaufenden Programmen – neue Maßnahmen der Beteiligten gestartet, bei denen die Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zusätzlicher Ausbildungsbetriebe im Vordergrund stehen. Schwerpunkte dieser Ausbildungsoffensive sind:



**EDELGARD BULMAHN, MdB**  
Bundesministerin für  
Bildung und Forschung

- eine bundesweite Ausbildungskampagne und darüber hinaus gezielte Branchenkampagnen
- die Neuorientierung bestehender und die Schaffung neuer Ausbildungsprogramme zur Strukturverbesserung der Ausbildung
- Maßnahmen zur Erleichterung der Ausbildung für Betriebe.

Die Bundesregierung wertet die breite Beteiligung und Unterstützung durch Wirtschaft und Gewerkschaften als ein positives Zeichen und eine große Chance, nicht nur kurzfristig eine Kehrtwende bei der verschlechterten Ausbildungslage zu erreichen, sondern auch langfristig gemeinsame Wege zur strukturellen Verbesserung der dualen Berufsausbildung einschlagen zu können. Das gemeinsame Ziel ist es, nach dem Rückgang betrieblicher Ausbildungsangebote im Jahr 2002 und bis Mitte des Jahres 2003 wieder eine deutliche Steigerung zu erreichen.

Die in der Gemeinsamen Erklärung genannten Initiativen der Bundesregierung zur strukturellen Verbesserung, Modernisierung und Flexibilisierung der beruflichen Bildung werden einen wirksamen Beitrag leisten, wobei es bei der besonderen gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft für die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsplätze bleiben muss. Die von Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften angekündigten Maßnahmen müssen jetzt mit Schwung, Engagement und Breitenwirkung kurzfristig mit Leben erfüllt werden und Erfolge zeitigen. Daneben bedarf es sowohl einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch einer deutlichen Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger.



Mit der Ausbildungsoffensive 2003 soll insbesondere bei den Betrieben ein stärkeres Engagement für die betriebliche Ausbildung, auch und gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung und den absehbaren Fachkräftemangel, erreicht werden. Anlässlich des Starts der Ausbildungsoffensive habe ich mich zusammen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, sowie dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, in einem offenen Brief an die regionalen Berufsbildungsverantwortlichen gewandt, um

Ausbildungskonsense und Ausbildungskonferenzen vor Ort zu initiieren. Die Bundesanstalt für Arbeit und die deutschen Industrie- und Handelskammern haben bundesweite Ausbildungskampagnen begonnen.

Für Mai und Juni 2003 sind Branchenkampagnen und gemeinsame Schreiben an 100.000 ausgewählte Unternehmen zur Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze geplant. Zum Tag der Ausbildung am 24. Juni 2003 werden regionale Veranstaltungen und Aktionen der Bundesanstalt für Arbeit zur Akquirierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen stattfinden. Am 14./15. Juli werden wir in Schwerin eine Nationale Ausbildungskonferenz mit bundesweit relevanten Berufsbildungsverantwortlichen veranstalten. Daneben wird es Journalistenworkshops und Medienservicepakete zum Thema Ausbildung geben.

Zudem werden Bundesminister Clement und ich im Rahmen von weiteren „Ausbildungstouren“ Problemregionen in West- und Ostdeutschland mit dem Ziel der Gewinnung von Ausbildungsplätzen und der Schaffung regionaler Ausbildungsvereinbarungen besuchen.

Teil der Ausbildungsoffensive sind auch Maßnahmen, die ganz unmittelbar die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen werden, wie

- die Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung ab Sommer 2003 für fünf Jahre, um Existenzgründern und bislang nicht ausbildenden Betrieben den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern;
- die Erweiterung des Programms Kapital für Arbeit auf Auszubildende (zinsgünstiger Investitionskredit für Unternehmen von 100.000 Euro je neuem Ausbildungsplatz);
- die Festschreibung der Geringverdienergrenze von 325 Euro für Auszubildende zur Vermeidung zusätzlicher Ausbildungskosten der Betriebe;
- die Beibehaltung der Anzahl zusätzlicher betriebsnaher Ausbildungsplätze des Bund-Länder-Programms Ausbildung Ost bei 14.000, statt der geplanten Absenkung auf 12.000 Plätze;
- das neue Programm STAR zur Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen (regionales Ausbildungscoaching, branchenbezogene Ausbildungsnetzwerke und -verbünde sowie externes Berufsbildungsmanagement).

Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch die vereinbarten vielfältigen gemeinsamen Anstrengungen mit den Sozialpartnern bis Herbst 2003 eine ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz erreichbar sein wird. Anderenfalls wird von der Wirtschaft erwartet, dass sie einen realistischen Vorschlag vorlegt, wie die noch nicht vermittelten Jugendlichen bis zum Ende des Jahres einen Ausbildungsplatz erhalten können. Wichtig ist dabei, dass dieser Vorschlag verbindlich, umsetzbar und nachprüfbar ist. Sollte dies nicht so sein, wird die Bundesregierung geeignete, ggf. auch gesetzgeberische Maßnahmen in die Wege leiten.



Foto: Bundespresseamt

## Fortführung der strukturellen Reformen in der dualen Berufsausbildung

Die Qualität des deutschen Berufsbildungssystems schneidet im internationalen Vergleich nach wie vor gut ab. Damit dies so bleibt, muss die notwendige Modernisierung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung gezielt vorangetrieben werden. Die Bundesregierung wird daher die in den vergangenen Jahren begonnenen Reformen in dieser Legislaturperiode konsequent fortsetzen. Vorrang haben dabei vor allem Reformen, die nicht nur zu mehr Attraktivität und Qualität, sondern auch zu mehr Ausbildungsbereitschaft und damit zu mehr Ausbildungsplätzen beitragen.

### DURCHLÄSSIGE WEGE FÜR BERUFLICHE ENTWICKLUNG

Es ist das Ziel der Bundesregierung, mehr berufliche Entwicklungschancen für die Menschen und mehr Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft zu eröffnen, um alle Qualifizierungspotenziale nutzen zu können. Das sind zentrale Grundlagen für Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Deshalb werden im Bildungssystem die strukturellen Voraussetzungen für lebensbegleitendes berufliches Lernen verbessert. Dazu sind klar konturierte durchlässige Wege für berufliche Entwicklungen und aufeinander aufbauende Möglichkeiten zur beruflichen Höherqualifizierung notwendig. Allgemein bildende Schule und Berufsausbildung müssen sich als Teile eines Systems betrachten. Es ist die Pflicht der allgemein bildenden Schulen, möglichst allen Jugendlichen die für eine Berufsausbildung erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln. Mit dem Programm „Zukunft Bildung“ – in dessen Rahmen unter anderem vier Milliarden Euro für mehr und pädagogisch verbesserte Ganztagschulangebote investiert werden – unterstützt die Bundesregierung dies nachhaltig.

Mit der Integration der Ausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz wurden die Voraussetzungen für eine bessere Verknüpfung von Ausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung sowie eine stärkere Beteiligung der Betriebe an der Ausbildungsvorbereitung noch nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher geschaffen. Es gilt jetzt, ge-

meinsam rasch ein System von Qualifizierungsbausteinen aus Ausbildungsberufen zu entwickeln, das auch Anrechnungsmöglichkeiten auf eine anschließende Berufsausbildung eröffnet. Dabei wird von den Betrieben erwartet, dass sie diese – von ihnen selbst immer wieder geforderten – neuen Instrumente breit nutzen, um auch schwächere Jugendliche an eine Fachkräfteausbildung heranzuführen. Um den Übergang von der Aus- in die Weiterbildung fließender zu gestalten, werden die Möglichkeiten weiterentwickelt, Elemente und Bausteine aus Ausbildungsberufen sowie Zusatzqualifikationen für Auszubildende auf eine anschließende berufliche Fortbildung anzurechnen.

In der beruflichen Weiterbildung müssen die Chancen für eine schrittweise Aufstiegsfortbildung durch eine stärker bausteinartige Strukturierung deutlich erweitert werden. Ein Beispiel ist die Erprobung einer modularisierten, schrittweisen Fortbildung im Handwerk, bei der einschlägige eigenständige Fortbildungsabschlüsse auf die Meisterprüfung angerechnet werden.

Zudem sollen gemeinsam mit den Sozialpartnern weitere Fortbildungsabschlüsse oberhalb des Meister- und Fachwriteniveaus geschaffen werden, die auf Tätigkeiten vorbereiten, die bisher überwiegend von Hochschulabsolventen ausgeübt werden.

Ebenso wichtig ist es, den Zugang beruflich Qualifizierter zum Hochschulstudium breiter zu öffnen und die Möglichkeiten zur Anrechnung einschlägiger beruflicher Qualifikationen auf Studienleistungen zu erweitern. Die Abschlüsse der neuen IT-Weiterbildung auf drei Ebenen, auch mit dem Ziel der erweiterten Zugangsmöglichkeit zum Hochschulbereich und der Anrechnung auf Studienleistungen im Rahmen eines Leistungspunktesystems, sind dafür ein Modell. Dieses Modell sollte in jeweils angepasster Weise auf weitere Branchen übertragen werden. Die Länder und Hochschulen sind aufgefordert, aktiv und konstruktiv an dieser Verknüpfung von Berufsbildung und Hochschule mitzuwirken.

### BESCHÄFTIGUNGSCHANCEN FÜR JUGENDLICHE – QUALIFIZIERTER NACHWUCHS FÜR DIE WIRTSCHAFT

Von zentraler Bedeutung ist es, Ausbildungsberufe zu schaffen, die dem Bedarf der Wirtschaft und dem Anspruch der Jugendlichen auf eine Ausbildung zu qualifizierten Fachkräften entsprechen, bestehende betriebliche Ausbildungsangebote sichern, neue schaffen und mehr Betriebe für die Berufsausbildung gewinnen.

Mit diesen Zielen wird die Modernisierung bestehender und die Schaffung neuer Berufsbilder mit Nachdruck weiter vorangetrieben. Die Sozialpartner sind aufgefordert, rasch weitere Vorschläge vorzulegen, die insbesondere auch flexible Elemente zur Differenzierung der Ausbildungsprofile in der Praxis nutzen. Im Interesse der Jugendlichen mit schlechteren Startchancen und des Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft sollen dabei auch die Möglichkeiten für gestufte Ausbildungsberufe sowie neue Ausbildungsberufe

in Tätigkeitsbereichen mit weniger komplexen Anforderungen und dauerhaftem Fachkräftebedarf im vollen Umfang genutzt werden.

Um Entscheidungen über die Einleitung von Neuordnungsverfahren für Ausbildungsberufe zu beschleunigen, wird die Bundesregierung zukünftig zur Auflösung von Dissensen der Sozialpartner eine eigenständige Prüfung plausibler Vorschläge vornehmen.

Gemeinsam mit den Sozialpartnern wurde damit begonnen, neue, zweistufig gestreckte Prüfungen breit zu erproben und damit die Prüfungen in der dualen Ausbildung nachhaltig zu modernisieren. In diesen Kontext gehört auch, dass jetzt die Beratungen zur Anrechnung von Berufsschulleistungen zügig zu einem Abschluss gebracht werden, der die kooperativen Strukturen des dualen Systems stärkt.

#### **QUALIFIZIERUNG FÜR GRENZÜBERGREIFENDES WIRTSCHAFTEN UND ARBEITEN**

Als Antwort auf die Globalisierung muss die Berufsbildung internationaler und vor allem europäischer werden. Ein wichtiges Ziel ist die Schaffung eines europäischen Bildungsraums. Hierzu gehört die Anerkennung, Anrechnung und Transparenz von Qualifikationen und Abschlüssen, die Überwindung von Mobilitätshemmnissen und damit vor allem auch die Möglichkeit für Auszubildende, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren zu können. Konkret arbeiten wir in Europa bereits am Modell eines Credit-Transfer-Systems in der beruflichen Bildung, an der Verwirklichung eines ganzheitlichen Bescheinigungssystems für berufliche Qualifikationen in Europa und an der Einführung europäischer Qualitätssiegel.

#### **QUALITÄT UND TRANSPARENZ FÜR LEBENSBEGLEITENDES LERNEN**

Lebensbegleitendes berufliches Lernen zu unterstützen heißt vor allem die Qualität der beruflichen Weiterbildung zu sichern. Mit der vom BMBF gestarteten „Initiative für Transparenz und Qualität“ soll das Qualitätsbewusstsein der Nachfrager gestärkt, das Qualitätsmanagement der Anbieter verbessert und die Transparenz des Weiterbildungsangebotes erhöht werden. Dazu gehört auch eine Abteilung Bildungstests in der STIFTUNG WARENTEST.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit der Verabschiedung des „Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ die gesetzliche Basis für ein bundesweites Zertifizierungssystem zur Qualitätssicherung für die nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III) geförderte berufliche Weiterbildung und damit den größten Bereich des öffentlich geförderten Weiterbildungsmarktes geschaffen. Bei der Umsetzung wird ein Modell angestrebt, das auf die gesamte berufliche Weiterbildung übertragbar ist.

Lernen im Arbeitsprozess ist ein wichtiges Qualifikations- und Personalentwicklungsinstrument, insbesondere zur

Umsetzung von Innovationen. Es ist Aufgabe der Unternehmen, dies systematischer zu gestalten und zu nutzen. Dies wird durch die Förderung beispielhafter Modelle und den breiten Transfer solcher guten Beispiele unterstützt. Zugleich soll erreicht werden, dass durch praktikable und möglichst einfache Verfahren informell erworbene Kompetenzen für den Einzelnen und die Unternehmen nicht nur sichtbar, sondern am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem besser verwertbar werden.

#### **ALLE QUALIFIKATIONSPOTENZIALE ENTWICKELN UND NUTZEN**

Ein wesentliches Ziel der Bildungs- beziehungsweise Berufsbildungspolitik der Bundesregierung ist es – auch angesichts der demographischen Entwicklung –, alle Qualifikationspotenziale zu entwickeln und zu nutzen. Auch Jugendliche mit schlechteren Startchancen und gering Qualifizierte müssen eine Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhalten. Das ist nicht nur ein berechtigter Anspruch dieser Jugendlichen, sondern auch ein gesellschaftspolitisches Muss und wirtschaftspolitisch vernünftig. Dazu dienen die schon erwähnten Qualifizierungsbausteine, die sowohl zur Effizienzsteigerung der Ausbildungsvorbereitung beitragen als auch in der Nachqualifizierung eingesetzt werden können. Und dazu dient die Förderung der beruflichen Ausbildung benachteiligter Jugendlicher.

Mit dem BMBF-Programm „Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ wurde der Stillstand bei der konzeptionellen Weiterentwicklung dieser Förderinstrumente erfolgreich überwunden. Das Ziel ist, effizientere Strukturen unter dem Motto „Förderung aus einem Guss“ zu entwickeln.

#### **NOVELLIERUNG DES BERUFSBILDUNGSGESETZES**

Die genannten fünf Schwerpunkte der Reformagenda werden durch eine entsprechende Novellierung des Berufsbildungsrechtes flankiert, die im Verlauf dieser Legislaturperiode durchgeführt wird. Die Palette der zu bearbeitenden Themenkomplexe reicht von der Internationalisierung der Berufsausbildung bis zur Einbeziehung der in der Berufsschule erbrachten Leistungen in die Abschlussprüfung. Darüber hinaus gibt es Bereiche, die einer weiteren Prüfung bedürfen.

Bei allen Reformen ist es jedoch wichtig, die doppelte Zielsetzung der Berufsbildung im Auge zu behalten, nämlich: Entwicklungs- und Beschäftigungschancen für Menschen zu eröffnen und zugleich eine bedarfsgerechte Qualifizierung für die Wirtschaft zu ermöglichen.

Eine unverzichtbare Voraussetzung dazu ist ein der Nachfrage entsprechendes Ausbildungsplatzangebot. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen in der beruflichen Bildung und insbesondere an die Betriebe und Unternehmen: Bilden Sie aus – Erfolg braucht alle! ■